



SPD-Landesverband Hessen
Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

Wahlprüfsteine Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen

Zuständigkeit für das Planen und Bauen innerhalb der Landesregierung bündeln

Wir teilen Ihre Auffassung: Alle wichtigen Zuständigkeiten und Kompetenzen für den Wohnungsbau in einem Ministerium zu bündeln, ist die erste Voraussetzung, um mehr und schneller bauen zu können. Darauf kommt es an, um wieder bezahlbare Wohnungen für breite Schichten zu schaffen.

Landesentwicklung programmatisch betreiben – Regionalisierung als Chance der Globalisierung verstehen

Die Landesregierung versagt bei ihrer Aufgabe, die Regionen in Hessen über den Landesentwicklungsplan zu stärken. Wir werden den Landesentwicklungsplan grundlegend überarbeiten, um gerade den ländlichen Raum zu stärken. Grundlegende Regelungen wie das Prinzip der zentralen Orte im Landesentwicklungsplan werden wir überprüfen. Für regionale Entwicklung wollen wir klare Verantwortlichkeiten in der Landespolitik schaffen. Wir wollen einen Mr. oder eine Mrs. „Ländlicher Raum“ installieren, um gebündelt Ansprechpartner für Akteure vor Ort sein zu können. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Entwicklung im ländlichen Raum in einem Ministerium bündeln und im Namen verankern. Regionalentwicklung darf kein Randthema sein. In enger Abstimmung mit den Verantwortlichen vor Ort werden wir dezentrale, regionale, landkreisübergreifende Entwicklungspläne erarbeiten, wie wir es bisher nur im Rahmen der Regionen im LEADER-Programm praktizieren. Mittelzentren sollen gestärkt werden, um die Infrastruktur, mit der sie umliegende Ortschaften versorgen, abzusichern. Regionale Entwicklung wird so im Verbund gefördert.

Perspektiven für regionale Entwicklung und Ansätze gegen den Wegzug der Jüngeren hängen wesentlich von der Schaffung von Arbeitsplätzen ab. Zentral ist hier der Mittelstand. In Hessen befinden sich viele mittelständische Unternehmen, die in ihrem jeweiligen Bereich zur Weltspitze gehören. Zur Förderung des Mittelstands wollen wir daher regionale Netzwerke und die Kooperation mit regional wirkenden Wissensträgern wie Fachhochschulen stärken. Wissens- und Forschungseinrichtungen wollen wir unterstützen, regionale Ausgliederungen zu schaffen, um die Präsenz in der Fläche zu erhöhen. Wir werden

Strategien zum Aufbau dualer Hochschulen im ländlichen Raum entwickeln. Für kleine und mittlere Unternehmen sind Forschungsförderung und Förderung des Nachwuchses auf akademischer Ebene und auf der Ebene der dualen Ausbildung essenziell. So geben wir Impulse für Wachstum, das gute Arbeit schafft sowie sichert und den Regionen zugutekommt. Hessens starke Regionen mit ihren erfolgreichen Unternehmen in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft sollen stark bleiben, deshalb werden wir uns für einen Branchendialog einsetzen, um gemeinsam auf Veränderungen und Herausforderungen zu reagieren. Wir wollen ein Gesprächsformat als Dialog zwischen der Landesregierung, Arbeitgeberverbänden sowie den Gewerkschaften und Betriebsräten einrichten. Dieses muss in den einzelnen Regionen unseres Landes organisiert werden. Über regelmäßige Strukturberichte sind Handlungsbedarfe aufzuzeigen und konkrete Handlungsschritte im Sinne der Beschäftigten einzuleiten. Wir wollen echte, integrierte Regionalentwicklung in allen Teilen unseres Landes. Dazu brauchen die regionalen Akteure die tatkräftige Unterstützung durch das Land.

Szenarien für die Metropolregion entwerfen. Vitale Gemeinden als Identitätsanker im ländlichen Raum sichern

Der Ballungsraum Rhein-Main ist sehr attraktiv für viele Menschen. Seit 2001 sind 100.000 Menschen in die Stadt Frankfurt gezogen. Der Zuzug ins engere Rhein-Main-Gebiet ist ungebremst. Dies schafft neue Herausforderungen: Bereits heute gehören Frankfurt und Darmstadt hinsichtlich der Mieten zu den acht teuersten Orten Deutschlands. Allein in der Stadt Frankfurt fehlen bereits heute 30.000 Wohnungen. Die Pendlerströme bringen den Verkehr werktags zum Erliegen. Die großen Herausforderungen in der südhessischen Metropolregion können nicht mehr von einzelnen Kommunen allein bewältigt werden. Die SPD steht zu einer Internationalen Bauausstellung (IBA) Frankfurt/Rhein-Main, die exemplarisch und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Pilotprojekte für Leben, Wohnen, Arbeiten und Mobilität heute entwickelt – in wachsenden wie auch in schrumpfenden Städten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine städtische Politik der kurzen Wege starkmachen – wir wollen Wohnen, Leben und Arbeiten in den Städten besser ermöglichen. Für jede neue Siedlung sollen günstige und vernetzte Verkehrsanbindungen mitgeplant werden. Wir wollen Kommunen und Regionalplanung mit Blick auf die Entwicklungen im Metropolraum im Bereich der Flächenplanung handlungsfähiger machen. Eine Struktur, die bei der Wachstumsdynamik des Ballungsraums acht bis zehn Jahre für die Flächennutzungsplanung benötigt, versündigt sich an den

Entwicklungschancen der Region. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die bestehenden Regelungen zur Flächennutzungsplanung so ändern, dass bei Bedarf schneller gehandelt werden kann und einzelne Kommunen bei akuten Problemen wie dem aktuellen Wohnungsmangel schneller aktiv werden können.

Den öffentlichen Raum als Ort der Bürgergesellschaft schützen. Stadt 4.0 sozial und gerecht gestalten

Stadtplanung ist mehr als nur Bau, Stadtplanung gestaltet das Leben von Menschen und steigert die Lebensqualität. Eine aktive Stadtentwicklung schafft Raum für Begegnungen und trägt entscheidend dazu bei, dass sich Menschen wohl- und sicher fühlen. Wir brauchen die Beteiligung von allen Bevölkerungsgruppen vor Ort, damit auf die unterschiedlichen Bedarfe der Menschen eingegangen wird. Dazu ist es nicht ausreichend, allein in Bürgerversammlungen die politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger zu befragen. Wir brauchen die aktive Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Ausweitung der Bürgerbeteiligung ersetzt nicht die Entscheidung in den Kommunalparlamenten. Wir wollen eine Aufwertung der öffentlichen Räume – Beseitigung von Angsträumen, Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Schaffung von Barrierefreiheit. Dies wird bei uns zu einem Schwerpunkt in der Städtebauförderung werden. Wir sorgen für Integration von der Kinderbetreuung über Schule, Vereine, Bildungseinrichtungen wie Büchereien, Museen, Theater und Initiativen, von Stadtteilstesten bis hin zu interkulturellen Angeboten, von der Beteiligung in den Parlamenten über die Eröffnung von Geschäften. Integration heißt, die Offenheit zu haben, dass Menschen ihre Identität bewahren und sich um ihre Stadt und das Gemeinwohl kümmern und sich verantwortlich zeigen.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein Garant dafür, dass Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und sich um ihre sozialen Brennpunkte zu kümmern und dort Chancen zur Teilhabe zu schaffen. Es muss daher weiter ausgebaut und gestärkt werden. Wir wollen eine zusätzliche Stärkung und Verstetigung des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm der „Sozialen Stadt“ gezielt auf Maßnahmen einerseits im energetischen, städtebaulichen, infrastrukturellen und ökonomischen Bereich angewendet wird. Andererseits wollen wir damit nachbarschaftliches Engagement sowie Maßnahmen gegen

Ausgrenzung einzelner Gruppen und für sozialen Zusammenhalt gezielt fördern. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit bürgernah. Gefördert werden also städtebauliche und stadtplanerische Unternehmungen sowie soziale, zwischenmenschliche Projekte vor Ort, die den Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken und diese sozial stabilisieren und hinsichtlich der Lebensqualität aufwerten.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt durch qualitätvollen und bezahlbaren Wohnungsbau fördern

Zur Lösung der Wohnfrage brauchen wir ein breites Maßnahmenpaket statt isolierte Scheinlösungen. Denn die Schaffung von gutem und bezahlbarem Wohnraum ist mehr als nur die Bereitstellung von vier Wänden. Wir wollen modernes städtisches Leben statt Betonklötze. Wir wollen eine städtische Politik der kurzen Wege. Wir wollen, dass der soziale Zusammenhalt in den Quartieren gestärkt wird. Wir werden Wohnmöglichkeiten schaffen, die sich alle leisten können, frei finanziert und öffentlich gefördert. Und wir wollen Anreize geben, um gut, auch ohne Eigentum und im Alter, im ländlichen Raum zu leben. In Zeiten pluralistischer Stadtgesellschaften, die enger zusammenrücken, setzen wir auf eine integrierte Stadtplanung mit Antworten auf Beschäftigung und Mobilität, Begrünung und Naherholung sowie eine soziale Stadtentwicklung mit Herausforderungen für Städtebau, Quartiersarbeit und Integration. Wir streben eine Internationale Bauausstellung (IBA) Frankfurt/Rhein-Main an. Sie soll exemplarisch und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Pilotprojekte für ein integriertes Stadtleben entwickeln – in wachsenden wie auch in schrumpfenden Städten. Gutes und bezahlbares Wohnen ist Teil einer Gesamtstrategie.

Liegenschaftspolitik vorausschauend betreiben

Die öffentliche Hand, insbesondere das Land, muss ihre Bodenpolitik grundlegend ändern. Boden ist ein begrenztes Gut, nicht vermehrbar und dabei existenziell für unser Leben. Die Gemeinwohlbindung des Eigentums gilt beim Boden besonders. Und die trifft öffentliche Eigentümer an herausgehobener Stelle. Die Privatisierung zur Haushaltssanierung muss auf kommunaler und Landesebene gestoppt werden. Kommunen brauchen in ihrer finanziell angespannten Situation Unterstützung beim Halten ihrer Grundstücke. Im Falle einer Veräußerung müssen wohnungspolitische Erwägungen und eine sozialgerechte

Stadtentwicklung im Vordergrund stehen. Deswegen brauchen wir im Falle einer Grundstücksveräußerung einen Vorrang für Konzeptvergabe. Mit dem Verkauf nach dem Höchstpreis hat das Land selbst die Wohnungspreise in die Höhe getrieben (siehe Altes Polizeipräsidium Frankfurt). Auch bei Grundstücken der BIMA brauchen wir eine Abkehr vom Höchstgebot. Gerade bei zunehmenden sozialen und ökologischen Konflikten gewinnen Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Flächen an Bedeutung. Hierzu brauchen wir strategische Bodenreserven in öffentlicher Verantwortung. Grundeigentum kann als Vermögensmasse in revolvierenden Bodenfonds gebündelt, dort entwickelt und gemehrt werden. Veräußerungsgewinne fließen in den Fonds zurück und können zur Anschaffung neuer Grundstücke, zur Bebauung oder Renaturierung versiegelter Flächen eingesetzt werden. Damit sind öffentliche Bodenfonds Teil einer sozial und ökologisch verantwortungsvollen Bodenpolitik. Wir wollen die Grunderwerbssteuer stufenweise senken. Profitieren sollen im ersten Schritt besonders förderungswürdige Gruppen wie Familien oder öffentliche Wohnbaugesellschaften. Damit wollen wir auch einen Anreiz für private Investitionen schaffen und Wohnungsbau zum Eigenbedarf fördern.

Klimaschutz ganzheitlich betrachten – Energiewende lebenswert umsetzen

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass der Erhalt der Lebensgrundlagen und die Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C als vorrangige Ziele der Bundesregierung und der EU behandelt werden und dass Deutschland im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens eine Vorreiterrolle einnimmt. In Hessen werden wir statt unverbindlicher Klimaschutzpläne, wie sie Schwarz-Grün vorgelegt hat, ein verbindliches Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen.

Hessen soll zum Vorreiter der Energiewende werden. Unser Ziel ist es, dass der Bedarf an Strom und Wärme bis 2050 zu 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine SPD-geführte Landesregierung gemeinsame Strategien für Strom, Wärme und Verkehr entwickeln. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen, Hürden in der Planung beseitigen und neue Flächen ermöglichen. Wir werden den dezentralen Ausbau fördern, Kommunen, Stadtwerke und Bürgergenossenschaften hier unterstützen. Die Akzeptanz wird steigen, wenn die Energiewende demokratisiert wird und die örtlich Betroffenen an Entscheidungen und Gewinnen beteiligt werden. Uns geht es bei der Energiewende immer auch um die Schaffung von Wertschöpfung, die in den Regionen verbleibt. Gleichzeitig wollen wir durch zügige Fortschritte in der Energiewende die

Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen erhöhen. Schon jetzt ist Strom aus erneuerbaren Energien günstiger als Atomstrom.

Wir wollen der Energiewende in Hessen neuen Schub verleihen und einen integrierten Ansatz, Sektorenkopplung und Konvergenz der Energiemärkte in den Mittelpunkt stellen. Die drei Bereiche der erneuerbaren Energien dürfen nicht mehr getrennt betrachtet, sondern müssen integriert weiterentwickelt werden. Mit dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) – welches mit Landes- und Bundesmitteln gerade einen Neubau in Kassel erhält – und weiteren Einrichtungen haben wir in Hessen die richtigen Einrichtungen, um einer dezentralen und erneuerbaren Energieerzeugung neuen Schwung zu verleihen.

Beim Neubau von Wohnungen wollen wir für einen kostensenkenden Einsatz von erneuerbaren Energien und für die Verknüpfung von Strom- und Wärmebereich sorgen. Zur Erreichung nachhaltiger und emissionsfreier Energieversorgung in Hessen ist die Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Säule. Wir werden uns für die Steigerung der Energieeffizienz in hessischen Unternehmen, öffentlichen Gebäuden und privaten Haushalten einsetzen. Dabei wollen wir es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich an der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude finanziell zu beteiligen. Dies hilft insbesondere den Kommunen bei der Finanzierung der energetischen Sanierung, steigert die Aufenthaltsqualität, macht unsere Gebäude klimafreundlicher und ermöglicht eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den finanziellen Vorteilen der Energiewende.

Auch im öffentlichen Personenverkehr und im Lastverkehr kommen zunehmend erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten zur Anwendung. Es gibt inzwischen Züge, die mit Wasserstoff betrieben werden, und Lastwagen, die Teilstrecken mit Strom fahren können. Den Einsatz solcher innovativen Techniken in Hessen wollen wir fördern.

Digitalisierung des Planungs- und Bauwesens mit Augenmaß vorantreiben. Die Potenziale von BIM nutzen und alle Prozessbeteiligten integrieren

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. BIM kann Potenziale im Bauwesen schaffen, wenn es nicht nur als eine Art Softwareupdate verstanden wird sondern als ein integrierter, ganzheitlicher Planungsansatz über den Lebenszyklus des Objektes. Dazu braucht es neben dem Wissen und der Kompetenz öffentlicher Auftraggeber auch die zielgerichtete

Unterstützung der Planungsanbieter, damit wir die Chancen der vielfältigen Planungsangebote in Hessen für qualitatives und zugleich kostengünstiges Bauen nutzen können. Dafür brauchen wir weniger starre Fristen als koordiniertes und unterstützendes Handeln für Auftraggeber- und Auftragnehmerseite.

Staatliche Zuschussförderung an Qualitätskriterien binden – Bauherrenkompetenz sichern

Im Wohnbaufördergesetz wollen wir verstärkt qualitative soziale und ökologische Kriterien – nicht zuletzt mit Blick auf die Lebenszykluskosten – wie intelligente Sanierung und Förderung erneuerbarer Energien verankern. Alternative Wohnkonzepte wie „Wohnen für Hilfe“, oder Mehrgenerationenhäuser wollen wir stärker fördern. Mit den steigenden Standards steigen die Anforderungen an die Bauherren. Das setzt eine vorausschauende Planung voraus. Faire Vergabeverfahren müssen sichern, dass Aufträge fachmännisch ausgeführt werden. An der Spitze der Projekte brauchen wir ein funktionierende Planungs- und Baumanagement.

Faire Auftragsbedingungen im öffentlichen Auftragswesen gewährleisten

Grundsätzlich haben sich seit der Abschaffung der Vergabeverordnung für die freien Berufe im April 2016 und der Einführung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG), welches nunmehr auch für die freien Berufe gilt, insbesondere im Unterschwellenbereich gerade für kleinere Büros Schwierigkeiten ergeben, die eine Neubetrachtung erfordern. Leider hat die noch amtierende Landesregierung die für März 2018 angekündigte Evaluierung des HVTG noch nicht vorgelegt und war auch nicht bereit Vergabeerleichterungen für die freien Berufe vorzunehmen.

So sollten z.B. verbindliche Festlegungen für die Verhältnismäßigkeit von geforderten Eignungskriterien, wie z.B. Art und Umfang von Referenzen, Angaben zum Unternehmen wie z.B. Mitarbeiterzahlen, getroffen werden.

Die SPD plädiert für eine Novelle des HVTG, da das Gesetz die gewünschten Lenkungs- und Ordnungswirkungen im Hinblick auf das Unterbinden von widrigen Arbeitsverhältnissen und Verstößen gegen die Verpflichtung zu Tariftreue nicht erzielt.

Zudem sollte bei einer Novelle des HVTG für die Dienstleistungen der freien Berufe und damit auch Architektenleistungen entweder die Unterschwellenvergabeverordnung (UVgO) wieder in Kraft gesetzt werden oder eine dahingehende Änderung des HVTG erfolgen, dass gerade auch kleine und mittelständische Büros wieder in die Lage versetzt werden, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen.

